

**ANFRAGE** von Christoph Holenstein (CVP, Zürich)

betreffend Steigende Krankenkassenprämien, steigende Ungleichbehandlungen

---

Vergangene Woche wurde bekannt, dass die Krankenkassenprämien im Kanton Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen im Jahr 2012 wiederum überdurchschnittlich stark ansteigen. Einmal mehr sind die Familien davon besonders stark betroffen, weil insbesondere die Prämien für Jugendliche am stärksten steigen.

In den letzten Jahren haben sich die Reserven der Krankenkassen in den einzelnen Kantonen sehr unterschiedlich entwickelt. Im Kanton Zürich lagen die Reserven im Vergleich zu anderen Kantonen deutlich über den gesetzlichen Mindestvorgaben. Trotz dieser grossen Reserven wurden die Prämien im Kanton Zürich überdurchschnittlich stark angehoben. Dies ist nicht nachvollziehbar.

Eine weitere Ungleichbehandlung gibt es aber nicht nur zwischen den Kantonen, sondern auch innerhalb des Kantons Zürich. Für genau die gleichen Leistungen zahlt ein Bewohner der Stadt Zürich gegenüber demjenigen der Agglomeration ein Mehrfaches an Krankenkassenprämien. Dies ist nicht nachvollziehbar.

Es stellen sich dabei folgende Fragen:

1. Wie lässt sich die Differenz zwischen der von der Gesundheitsdirektion im Juni kommunizierten Prämienerrhöhung von 2,2% und der im September kommunizierten Erhöhung von 4,1% erklären?
2. Wieso steigen die Krankenkassenprämien im Kanton Zürich trotz der grossen Reserven seit Jahren stärker als in anderen Kantonen? Im Vergleich zu anderen Kantonen scheint die Zürcher Regierung nicht in der Lage zu sein, die Interessen der Zürcher Bevölkerung gegenüber dem Bund und den Krankenversicherungen wirksam zu vertreten.
3. Ist die Zürcher Regierung bereit, umgehend rechtliche Schritte gegen diese überhöhte Festsetzung der Krankenkassenprämien einzuleiten? Wenn nein, wieso nicht? Wie kann sich jeder Einzelne gegen diesen ungerechtfertigten Prämien Schub wehren?
4. Ist die Regierung im Sinne des bis anhin praktizierten Benchmarkings auf der 40. Perzentile bereit, gegen überhöhte DRG-Tarife, vereinbart zwischen Krankenkassen und Spitälern, vorzugehen? Wenn nein, wieso nicht?
5. Welche zusätzlichen medizinischen Leistungen erhält ein Bewohner der Stadt Zürich für seine deutlich höheren Prämien gegenüber denjenigen der Agglomeration?
6. Was unternimmt die Zürcher Regierung, um diese Ungleichbehandlung innerhalb des Kantons Zürich umgehend zu beseitigen? Wie kann sich eine Bewohnerin bzw. ein Bewohner der Stadt Zürich gegen diese Ungleichbehandlung wehren?
7. Ist der Regierungsrat bereit, die regionale Tarifabstufung abzuschaffen? Wieso nicht?

Christoph Holenstein